



*Dr. Wilhelm Beck und Prof. Emil Beck in Bern, hier vor dem Bundeshaus. Prof. Emil Beck (1888–1973), Bürger von Triesenberg und Seewis, war beruflich als stellvert. Direktor der eidg. Justizabteilung und als Professor für schweizerisches und internationales Privatrecht tätig. Er war 1919–1933 liechtensteinscher Geschäftsträger in Bern, 1922–1930 Präsident des Obersten Gerichtshofes und 1925–1930 des Staatsgerichtshofes.*

Gesellschaft auf ständischer Grundlage», ein «Bekenntnis zum Willen der Väter und die Treue an Vaterland und Fürstenhaus».

Der Vorstand besteht aus Dr. med. Richard Meier, Dr. med. Otto Schädler, Eugen Schafhauser, Carl Freiherr v. Vogelsang und Dr. iur. Alois Vogt, der Zentral-

Die bevorstehenden direkten Wahlen bewirkten eine eifrige Aktivität verschiedener Richtungen. Zwar wurde noch um die Frage gestritten, ob Parteien in Liechtenstein vonnöten seien. Die Konservativen, um das Volksblatt gruppiert, sahen in den Parteien eine Einengung, da die Parteimitglieder an Leitsätze gebunden seien. Dr. Beck wurde von dieser Seite auch vorgeworfen, dass er «die Partei der Vier» als «Diktator» gelenkt habe. Man befürchtete von Seiten der Parteigegner, dass durch Parteigründungen eine Aufspaltung des Landtages erfolge; ein Luxus, den sich Liechtenstein nach Ansicht der Parteigegner nicht leisten könne. Die Befürworter von politischen Parteien hingegen sahen in diesen eine «notwendige gesellschaftliche Entwicklung» und erwarteten von ihnen eine «Hebung des politischen Lebens und der Landesverhältnisse».

Während all dieser Diskussionen hatte die Realität die Theorie bereits eingeholt, ja sogar schon überholt. Die gegenseitigen Vorwürfe, es würden nächtliche Zusammenkünfte abgehalten und Geheimsitzungen durchgeführt, um so die Wahlen zu beeinflussen, sind eindeutige Hinweise auf die rege Tätigkeit bestehender Gruppierungen.

Ende Februar 1918 betonte die von Dr. Beck geführte Gruppe, «christlich-sozial» zu sein und für die Interessen des «kleinen Mannes» einzutreten. Die Verwendung des Begriffes «christlich-sozial» ist als Reaktion auf den Vorwurf zurückzuführen, sozialdemokratisch oder sozialistisch zu denken. Am 23. Februar 1918 hatten die O. N. eine Kandidatenliste für die Landtagswahlen vom 11. März veröffentlicht; sie enthielt Vertreter des Bauernstandes, des Gewerbes und solche aus der «gebildeten» Schicht. Dieser Wahlvorschlag in den «Obersrheinischen Nachrichten» war lediglich mit «Viele Wähler» unterzeichnet. Die gleiche Liste war am 2. März 1918 von einem «Wahl-Komitee» getragen und wurde am 6. März als «Wahlvorschlag der Volkspartei» bezeichnet. Somit war wenige Tage vor den Landtagswahlen von 1918 die «Christlich-soziale Volkspartei» als begriffliche Realität der politischen Szene Liechtensteins entstanden. Eine struktu-